



**Projektland: Korea**

**Quartalsbericht: I/2009**

## **INHALT**

### **SÜDKOREA**

#### **POLITIK**

**Politische Turbulenzen nach Brand in einem besetzten Gebäude in Yongsan/Seoul**

**Besuch von neuer US-Außenministerin Hillary Clinton**

**Keine Einigung über strittige Gesetzesvorhaben**

#### **WIRTSCHAFT**

**Auswirkungen der Finanzkrise auf Südkorea**

**Freihandelsabkommen zwischen Südkorea und den USA**

**Freihandelsabkommen zwischen Südkorea und der EU**

### **NORDKOREA**

#### **POLITIK**

**Beziehungen zwischen den USA und Nordkorea unter der neuen Obamaregierung**

**Treffen zwischen Nordkorea und Vertretern der UN**

**Wahl in Nordkorea**

#### **WIRTSCHAFT**

**Aufhebung von Handelssanktionen gegen Nordkorea**

**Auswirkungen der Schließungen des Kaesong-Industrie-Komplexes**

## **INNERKOREANISCHES**

**Seouls Politik gegenüber Nordkorea**

**Nordkoreanische Flüchtlinge in Südkorea**

**Pjôngjangs Politik gegenüber Südkorea**

**Raketentest in Nordkorea**

**Heißer Draht zwischen Nord- und Südkorea gekappt**

**Kaesong- und Grenzschießungen**

## **A. SÜDKOREA**

### **Innenpolitische Lage in Südkorea**

Ein Brand in einem besetzten Haus hat in Seoul zu erneuten Anti-Regierungsprotesten und dem Rücktritt des Polizeichefs der Hauptstadt geführt. Die südkoreanische Staatsanwaltschaft hat im Zusammenhang mit einem folgenschweren Brand in einem besetzten Gebäude in Seoul gegen 27 Personen, darunter 20 Hausbesetzer, Anklage erhoben. Bei der Erstürmung des mehrstöckigen Hauses im Stadtteil Yongsan durch die Polizei waren am 19. Januar sechs Menschen ums Leben gekommen. Das Feuer sei durch die fahrlässige Behandlung von Farbverdünnern ausgelöst worden, die die Demonstranten für die Herstellung von Brandsätzen eingesetzt hätten, teilten die Ermittler mit. Neben 20 Demonstranten seien sieben private Sicherheitskräfte angeklagt worden. Ihnen wird vorgeworfen, Wasserkanonen auf die Besetzer auf dem Dach des Gebäudes gerichtet und Abfälle in der Nähe in Brand gesetzt zu haben, um die Demonstranten zu verjagen. Durch das Feuer hätten sich giftige Rauchgase entwickelt. Die Bereitschaftspolizisten, die das Haus gestürmt hatten, wurden von den Ermittlern dagegen entlastet. Sie seien nicht für den Gebäudebrand verantwortlich gewesen, hieß es. Hunderte von Bereitschaftspolizisten wurden damals mobilisiert, um die Besetzung zu beenden und das Haus zu räumen. Die Besetzer, die gegen ein Sanierungsprojekt in der Gegend protestiert hatten, hatten dabei mit Steinen und Brandsätzen auf die Polizisten geworfen.

Hintergrund der Proteste waren die Vorgehensweisen der Behörden bei Neuentwicklungs- und Sanierungsprojekten. Diese werden häufig mit mafiaähnlichen Strukturen rein nach marktwirtschaftlichen Prinzipien vorangetrieben und von der Regierung oder lokalen Behörden im Eiltempo umgesetzt. Dabei sind meist Willkür, kurze Räumungsfristen und viel zu geringe Entschädigungen Ursache des Protests. Auch das Vorgehen der Polizei hatte in Südkorea starke Kritik hervorgerufen. Vor allem wird den für den Einsatz Verantwortlichen vorgeworfen, das Recht der Demonstranten auf körperliche Unversehrtheit missachtet zu haben. Da die Hausbesetzer Molotow-Cocktails geworfen hatten, war klar, dass brennbares

Material im Gebäude gelagert ist. Ohne den voreiligen Beschluss, die Spezialeinheit SWAT einzusetzen, wäre es vermutlich nicht zu dem Brandunglück gekommen. Die Frage, ob es zur Stürmung des besetzten Gebäudes durch bewaffnete Polizisten zu diesem Zeitpunkt keine Alternative mehr gab ist daher mehr als fraglich. Allerdings muss sich auch auf Bürgerseite die Einstellung und auch die Formen des Protests ändern. Statt zu verhandeln wird gleich zu drastischen Protestmaßnahmen gegriffen. Aber auch hier muss wieder berücksichtigt werden, dass die Strukturen, innerhalb derer solche Projekte beschlossen und umgesetzt werden, solchen Konflikten Vorschub leisten oder zumindest nicht kompromissfördernd sind. Bei den Zusammenstößen starben fünf Besetzer und ein Polizist. Heftige Demonstrationen in den darauf folgenden Wochen führten schließlich zum Rücktritt des designierten nationalen Polizeichefs Kim Seok-gi.

US-Außenministerin Hillary Clinton hat im Februar 2009 einen zweitägigen Besuch in Seoul absolviert. Sie traf sich mit ihrem Seouler Amtskollegen Yoo Myung-hwan und Präsident Lee Myung-bak. Im Mittelpunkt der Gespräche standen die bilaterale Allianz und der Streit um das nordkoreanische Atomprogramm, sagte Minister Yoo. Lee bekräftigte dabei die Bedeutung der bilateralen Partnerschaft. Beide Staaten verbinde ein brüderliches Bündnis. Er habe positive Erwartungen für die Nordkorea-Politik der neuen Außenamtschefin in den USA, sagte Lee. Clinton übermittelte den Wunsch von Präsident Obama nach einem Treffen am Rande des G20-Finanzgipfeltreffens. Die Gruppe der 20 trifft sich im April in London. Nach Einschätzung von US-Außenministerin Hillary Clinton herrscht Unklarheit über die Machtnachfolge in Nordkorea. Sie sagte, dass Nordkorea wegen der Nachfolge Kim Jong-Ils in eine Krise geraten könne. Sie sehe den Wirrwarr um die Machtnachfolge als Grund für die jüngsten Provokationen gegen Südkorea und den Boykott der Atomgespräche. Die Regierung in Pjöngjang wolle mit einem harten Kurs den Zusammenhalt im Innern stärken. Wie Clinton weiter betonte, wollten die USA mit ihren Nachbarländern an einer Strategie arbeiten, mit der Nordkoreas Haltung beeinflusst werden kann. Auch Nordkoreas jüngste Drohung mit einem Raketentest wurde thematisiert. US-Außenministerin Hillary Clinton will die Zusammenarbeit mit Partnerstaaten gegen einen möglichen nordkoreanischen Raketentest stärken. Ein Raketenabschuss sei eine Provokation und nicht nützlich. Sie fordere Nordkorea zur Aufgabe des Plans auf, ganz gleich zu welchem Zweck eine Rakete abgeschossen werden solle. Sie wolle diese Frage auf die Tagesordnung bei den Sechser-Atomgesprächen setzen, hieß es. Die Ministerin betonte insbesondere die Wichtigkeit der Zusammenarbeit mit den Partnerstaaten Südkorea und Japan. Ebenfalls sei wichtig, dass China und Russland Druck auf Nordkorea ausübten, fügte sie hinzu.

Das südkoreanische Parlament hat seine außerordentliche Sitzungsperiode beendet, ohne eine Einigung über umstrittene Gesetzesänderungen, die Ende 2008 zu diversen Zwischenfällen in der Nationalversammlung geführt hatten, erzielt zu haben. Damit scheiterte eine Einigung über die Änderung des Bankengesetzes, des Gesetzes für digitales Fernsehen sowie des Urheberrechtsgesetzes. Auch konnten Regierungspartei und Opposition ihre Meinungsverschiedenheiten über eine Änderung des Rentengesetzes nicht überwinden. Das Gesetzgebungsverfahren

muss damit von vorn beginnen. Am letzten Tag der außerordentlichen Sitzungsperiode wurden 61 neue Gesetze oder Gesetzesänderungen verabschiedet. Unter anderem wurde beschlossen, dass die Obergrenze für Investitionen der Großunternehmen entfällt. Bisher durften die Unternehmensgruppen mit einem Nettovermögen von über zehn Billionen Won oder umgerechnet 5,16 Milliarden Euro, nicht mehr als 40 Prozent ihres Vermögens in andere Unternehmen investieren.

### **Wirtschaftspolitische Aussichten und wirtschaftspolitische Lage in Südkorea**

Die Zahl der Antragsteller für Arbeitslosenhilfe ist in Südkorea zum Jahresanfang als Folge der Wirtschaftskrise auf einen Höchststand gestiegen. Wie das Arbeitsministerium mitteilte, beantragten 128.000 Südkoreaner eine Arbeitslosenversicherung. Das sei die höchste Zahl seit dem Beginn der Arbeitslosenhilfe im Juli 1996. Der Staat habe im Januar insgesamt 276 Milliarden Won (201 Millionen Dollar) an 354.000 arbeitslose Menschen ausgezahlt. Im gleichen Zeitraum des vergangenen Jahres habe der Betrag bei 219 Milliarden Won gelegen.

Der südkoreanische Finanzmarkt kommt weiterhin nicht zur Ruhe. An der Börse durchbrach der Leitindex Kospi im Februar 2009 die Marke von 1.100 Zählern nach unten. Der Index gab um 3,72 Prozent auf 1.065,95 Zähler nach. Der Kurs der Landeswährung Won notierte über der psychologisch wichtigen Grenze von 1.500 Won je US-Dollar. Für den Greenback mussten 1.506 Won gezahlt werden. Im März dann bewegte sich der Won um die 1.560 Won-Grenze je US-Dollar. Für den Greenback mussten 1560.50 Won gezahlt werden. Damit muss der Won einen Verlust von 19% gegenüber dem US-Dollar zu Beginn des Jahres hinnehmen. Bereits im Januar hat Südkorea eine überdurchschnittliche Inflationsrate ausgewiesen. Einer Statistik der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) zufolge betrug die Januar-Inflation in den 30 Mitgliedsstaaten im Schnitt 1,3 Prozent. In Südkorea kletterten die Preise um 3,7 Prozent. Nach Angaben des südkoreanischen Finanzministeriums war es die vierthöchste Teuerungsrate unter den Mitgliedsstaaten. Der höchste Wert wurde in Island mit 18,6 Prozent registriert. Im Februar lag die Inflation in Südkorea bei 4,1 Prozent. Die Aussichten für eine Besserung in den Folgemonaten sind wegen des schwachen Wechselkurses eingetrübt. Dennoch sieht Südkorea zur Zeit keine Notwendigkeit, Kredite vom Internationalen Währungsfonds (IWF) anzunehmen. Das Finanzministerium teilte mit, es gebe keine Probleme bei der Versorgung mit Devisen. Die zuletzt hohen Handelsüberschüsse und die Vereinbarung von Swaplinien mit den USA und China hätten die Lage deutlich verbessert. Auch berücksichtige die Regierung, dass die Südkoreaner nach den Erfahrungen zur Zeit der Finanzkrise der 90er Jahre unnötig besorgt wären, sollte das Land wieder IWF-Kredite erhalten. Der IWF hatte eine neue Kreditlinie angekündigt, um in Finanznot geratenen Regierungen den Zugang zu frischem Geld zu erleichtern. Den Ländern würden im Notfall umgehend und unbegrenzt finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt, sollten die vom IWF gestellten Vorbedingungen erfüllt werden.

Südkorea hat einen Vertrag mit einer Lobbyfirma in den USA unterzeichnet, die sich für die rasche Ratifizierung des bilateralen Freihandelsabkommens durch den amerikanischen Kongress einsetzen soll. Die südkoreanische Botschaft in Washington habe den Vertrag mit halbjähriger Laufzeit mit Parven Pomper Strategies im Dezember geschlossen, berichtete die nationale Nachrichtenagentur Yonhap unter Berufung auf informierte Kreise. Für die Dienste erhalte das Unternehmen 120.000 Dollar. Das Freihandelsabkommen zwischen Südkorea und den USA wurde im Juni 2007 unterschrieben. Angesichts von Kritik in beiden Ländern, wurde es bisher noch nicht von den jeweiligen Legislativen ratifiziert. Der südkoreanische Handelsbeauftragte Kim Jong-hun hat trotz der jüngsten kritischen Bemerkung seines designierten US-Amtskollegen die Möglichkeit einer neuen Verhandlung über das bilaterale Freihandelsabkommen ausgeschlossen. Die südkoreanische Regierung halte daran fest, dass weder eine Neuverhandlung noch zusätzliche Verhandlungen zum Abkommen möglich seien. Die Bemerkung des designierten US-Handelsbeauftragten Ron Kirk sei nicht die offizielle Position der US-Regierung und nicht unbedingt als Forderung nach einer Neuverhandlung zu interpretieren, hieß es. Der US-Politiker hatte vor dem Senat gesagt, das Abkommen sei in seiner gegenwärtigen Form nicht akzeptabel.

Südkorea und die Europäische Union (EU) haben die letzte Runde ihrer Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen erfolgreich abgeschlossen. Wie das Außen- und Handelsministerium in Seoul mitteilte, hätten in fast allen Bereichen Meinungsverschiedenheiten abgebaut werden können. Zu einigen empfindlichen Fragen stehe eine Einigung noch aus, darunter die Rückerstattung von Zöllen und Herkunftsregeln. Die Handelsminister wollten am Rande des G20-Finanzgipfels am 2. April in London eine endgültige Einigung erzielen. Südkorea und die EU hatten ihre Freihandelsgespräche im Mai 2007 gestartet. Im Vorjahr war die EU Südkoreas zweitwichtigster Handelspartner.

## **B. NORDKOREA**

### **Innenpolitische Entwicklungen in Nordkorea**

Nordkorea wünscht offenbar den Dialog mit der neuen US-Regierung von Präsident Barack Obama. Die Regierung in Pjöngjang rechne nach dem Machtwechsel in Washington mit einem neuen Kurs der USA und warte geduldig auf den Beginn eines Dialogs. Dies sagte der frühere stellvertretende US-Außenminister Morton Abramowitz im Februar in Seoul. Abramowitz war Mitglied einer Delegation von US-Koreaexperten, die vom 3. bis 6. Februar Nordkorea besucht hatte. Die Delegation berichtete danach in Seoul über die Ergebnisse des Aufenthalts im Norden. Abramowitz sagte weiter, dass sich Nordkorea zwar mit der Beendigung seines Atomprogramms einverstanden zeigte. Jedoch sei noch viel Zeit erforderlich. Um einen entscheidenden Durchbruch erzielen zu können, müssten die Gespräche über die Heizöllieferung durch die fünf anderen Teilnehmerstaaten der Sechser-Atomgespräche fortgesetzt werden, hätten ihm die Politiker in Pjöngjang gesagt. Die US-Experten hätten sich mit den Nordkoreanern umfassend über die bilateralen Beziehungen und Wirtschaftsfragen ausgetauscht. Die nordkoreanischen Politiker

hätten trotz der angespannten Beziehungen zu Südkorea militärische Drohungen gegen den Süden nicht thematisiert, berichteten Mitglieder der Delegation weiter. Eine dazu konträre Position nimmt die Haltung Nordkoreas bezüglich der US-amerikanischen Nahrungsmittelhilfe ein, da im März weitere Hilfen verweigert wurden. Die Regierung in Pjöngjang habe mitgeteilt, dass weitere Hilfe aus den USA nicht erwünscht sei. Einen Grund hierfür habe Nordkorea nicht genannt. Ein Sprecher der USA ergänzte, die USA hätten ihre Hilfe für Nordkorea unabhängig von der politischen Situation fortgesetzt. Die US-Regierung sei über Pjöngjangs Entscheidung enttäuscht. Die USA hätten dem kommunistischen Land im Vorjahr die Lieferung von 500.000 Tonnen Nahrungsmitteln zugesichert. Davon wurden bislang 169.000 Tonnen geliefert.

Erstmals seit 2002 sind nordkoreanische Offiziere mit Vertretern des UN-Kommandos am Grenzort Panmunjom zusammengekommen. Das von den USA geführte UN-Kommando ist seit dem Ende des Koreakriegs 1953 für die Überwachung des südlichen Teils der entmilitarisierten Zone zuständig. Das UN-Kommando hoffte, dass das Treffen zum Aufbau des Vertrauens zwischen beiden koreanischen Teilstaaten beitragen werde. Allerdings wurde das 16. Gespräch auf Generalsebene ohne nennenswertes Ergebnis beendet. Das UN-Kommando habe vehement gegen die Warnung Nordkoreas protestiert, nicht für die Sicherheit südkoreanischer Verkehrsflugzeuge während des gemeinsamen Manövers Südkoreas und der USA im März garantieren zu können. Dem humanitären Zweck oder einer Entspannung auf der koreanischen Halbinsel diene das nicht. Die Drohung müsse unverzüglich zurückgezogen werden, lautete die Forderung des UN-Kommandos in Südkorea. Nordkorea habe die Forderung zurückgewiesen. In dem 46-minütigen Gespräch im Waffenstillstandsdorf Panmunjom habe Nordkorea das südkoreanisch-amerikanische Militärmanöver „Key Resolve“ für die militärischen Spannungen verantwortlich gemacht. Weiter hieß es darin, die Manöver „Key Resolve“ und „Foal Eagle“ seien eine ernsthafte Provokation und verletzen Nordkoreas Würde und Souveränität. Diplomatische Beobachter erwarten nach dem Scheitern der Gespräche, dass die Spannungen auf der koreanischen Halbinsel eine Weile anhalten werden.

Bei den als Formalität geltenden Parlamentswahlen in Nordkorea haben am 8. März 2009 99,98 Prozent der Wahlberechtigten ihre Stimme abgegeben. Die 687-köpfige Volksversammlung wird alle fünf Jahre gewählt. Sie tritt ein- bis zweimal im Jahr zusammen, um Entscheidungen der Regierung abzusegnen. Kim Jong-Il wurde mit 100% der Stimmen wiedergewählt.

Es wird vermutet, dass Kim im August einen Schlaganfall erlitt und die Wahl für die 12. Volksversammlung deswegen verschoben wurde. Nordkoreanern ist es gesetzlich vorgeschrieben, ihre Stimme für die Volksversammlung abzugeben. In der Vergangenheit lagen die Zustimmungsraten bei fast 100 Prozent.

## **Wirtschaftliche Entwicklungen in Nordkorea**

Das US-Verteidigungsministerium hat im Januar Handelssanktionen gegen nordkoreanische Unternehmen aufgehoben. Dies gab der US-Kongress in Washington bekannt. Nach einem Schreiben des Pentagons ist Nordkorea aus der Liste der Staaten, mit denen das Ministerium keinen Kaufvertrag schließen darf, gestrichen worden. Die sogenannte Bundesbeschaffungsregelung verbot dem Pentagon bisher, Waren aus Staaten zu kaufen, die den Terrorismus unterstützen.

Die wirtschaftliche Position des Kaesong-Industrie-Komplexes wird aufgrund mehrfacher Schließungen der Grenze durch die nordkoreanische Seite geschwächt. Die südkoreanischen Firmen, die in den Komplex investieren, zeigen sich besorgt über die finanziellen Aussichten und die Gewinne ihrer Firmen. Ein Sprecher einer dort ansässigen Firmenvereinigung sagte, dass eine steigende Anzahl von Firmen schwere Rückschläge, verursacht durch einen Rückgang der Bestellungen, die wiederum auf den herrschenden Unsicherheiten basieren, befürchten. Viele Firmen berichten von einem Beinah-Stillstand der Produktion.

## **C. INNERKOREANISCHE BEZIEHUNGEN UND DIE LAGE AUF DER KOREANISCHEN HALBINSEL**

Der neue südkoreanische Vereinigungsminister, Hyun In-taek, hat die Nordkorea-Politik der amtierenden Regierung in Seoul gegen Kritiker im eigenen Land verteidigt. Hyun bestritt bei seiner Anhörung durch einen Parlamentsausschuss, dass der konservative Präsident Lee Myung-bak eine harte Linie gegenüber dem kommunistischen Nachbarland vertrete. Er wolle sich als Vereinigungsminister für einen Dialog mit Nordkorea einsetzen, um dessen feindselige Haltung zu beenden, sagte Hyun. Lees sogenannte Politik der "Denuklearisierung, Öffnung, 3000" sei eine Politik der Koexistenz und beiderseitigen Wohlstands. Hyun, der vor seinem Amtsantritt Professor für Politikwissenschaft an der Korea-Universität in Seoul war, spielte eine große Rolle beim Entwurf des politischen Kurses Lees gegenüber Pjöngjang. Eine der Versprechungen Lees lautete, das Pro-Kopf-Einkommen der Nordkoreaner auf 3000 Dollar zu heben, falls das Land auf Nuklearwaffen verzichte. Nordkorea hat Südkorea einen Konfrontationskurs vorgeworfen und die Regierung in Seoul zur Umsetzung der Gipfelvereinbarungen vom Oktober 2007 aufgerufen. Falls Südkorea den Dialog anbiete, könnten die Missverständnisse und Probleme im innerkoreanischen Verhältnis beseitigt werden, sagte Hyun.

Weiterhin erkennen Südkorea sowie die USA Nordkorea nicht als Atommacht an. Das gab ein Sprecher des südkoreanischen Außenministeriums im Februar bekannt. Zuvor hatte in den USA der designierte Direktor des Geheimdienstes CIA, Leon Panetta, vor dem Senat gesagt, dass Nordkorea im Jahr 2006 eine Atomwaffe getestet habe. Der amerikanische Politiker hatte mit seiner Bemerkung Spekulationen geschürt, dass die neue Regierung in Washington Nordkorea als Atommacht anerkennen könnte. In der US-Regierung herrschte bislang die Sprachregelung, dass Nordkorea keine Atomwaffe, sondern eine nukleare Vorrichtung getestet habe.

Eine Gruppe von nordkoreanischen Flüchtlingen ist Anfang Februar 2009 über Thailand nach Südkorea gekommen. Das berichtete das US-amerikanische Radio Free Asia unter Berufung auf Mitarbeiter eines Büros in Thailand, das sich für Flüchtlinge einsetzt. Den Angaben zufolge handelt es sich um die 19 Flüchtlinge, die im Dezember von den myanmarischen Behörden aufgegriffen wurden. Die Gruppe sei anschließend nach Thailand abgeschoben worden. Die dortigen Behörden hätten zunächst drei Flüchtlinge aus der Gruppe nach Südkorea ziehen lassen. Die 16 übrigen Flüchtlinge seien kurz darauf in Südkorea eingetroffen. Immer mehr Nordkoreaner flüchten über Drittländer in Südostasien nach Südkorea, seit in China die Kontrollen gegen Flüchtlinge drastisch verschärft wurden. Chinesische Behörden betrachten sie als illegale Wirtschaftsflüchtlinge, die nach einer Festnahme nach Nordkorea abgeschoben werden müssen. Die Zahl der nordkoreanischen Flüchtlinge in Südkorea beträgt mittlerweile rund 14.000.

Nordkorea macht die Wiederaufnahme der Familienzusammenführungen von Südkoreas politischem Kurs abhängig. Das hat der südkoreanische Rotkreuzverband nach Angaben seines Leiters Yoo Jong-ha von der Schwesterorganisation in Nordkorea erfahren. Wie erst Anfang des Jahres bekannt wurde, habe Nordkorea schon Ende des vergangenen Jahres erklärt, dass eine Lösung für die Frage der Familientreffen möglich sei, sollte die südkoreanische Regierung eine zukunftsorientierte Nord-Politik betreiben. Nordkorea hatte damit auf eine Aufforderung Südkoreas reagiert. Auf der Konferenz der Rotkreuzverbände der fünf nordostasiatischen Länder in Macao hatte Südkorea im letzten Dezember die Dringlichkeit der Fortsetzung der Familientreffen betont. Es war das erste Mal seit dem Amtsantritt der konservativen Regierung in Seoul im Februar 2008, dass die Rotkreuzverbände der Koreas Kontakt zueinander aufnahmen. Andererseits gab es aber auch Verhärtungen des politischen Kurses. Im Januar hat Nordkorea seinen Konfrontationskurs gegenüber Südkorea verschärft und einseitig alle Abkommen über Aussöhnung und Entspannung für nichtig erklärt. "Alle Vereinbarungen werden aufgehoben, was die Beendigung der politischen und militärischen Konfrontation zwischen Nord- und Südkorea betrifft", erklärte das nordkoreanische Komitee. Das Gleiche gelte für das Abkommen über Aussöhnung, Aggressionsverzicht, Zusammenarbeit und Austausch. Auch die im Anhang zum Abkommen enthaltenen Punkte zur militärischen Grenzlinie zwischen beiden Staaten im Gelben Meer würden annulliert. Das nordkoreanische Komitee für eine Friedliche Wiedervereinigung Koreas bezeichnete die südkoreanische Regierung in Seoul als "Verräter" und warf ihr erneut vor, Spannungen auf der koreanischen Halbinsel zu schüren. Seoul äußerte sein Bedauern wegen der Erklärung und rief die Führung in Pjöngjang zum Dialog auf. Der seit 1992 wirksame Aussöhnungsvertrag zwischen beiden Staaten könne nicht einseitig aufgekündigt werden.

Auch Nordkoreas Armee erhob schwere Drohungen gegen Südkorea. Da die Regierung in Seoul die Zusammenarbeit verweigere, müsse die Armee Nordkoreas auf allen Ebenen auf Konfrontationskurs gehen, sagte der Sprecher der Streitkräfte laut Nachrichtenagentur KCNA. Die revolutionären Streitkräfte seien zu Vergeltungsschritten gezwungen, um die Regierung in Seoul auszulöschen. Als Grund führte der Sprecher an, dass die neue konservative Regierung in Seoul sich

der nationalen Versöhnung verweigere. Dabei werde sie von ausländischen Kräften unterstützt. Der Armeesprecher, der in voller Uniform auch im Fernsehen zu sehen war, sagte, mit Provokationen des südkoreanischen Militärs wie der Verletzung der Seegrenzen sei eine Gefahren-Linie überschritten worden. Nordkorea könne dem nicht länger nur zusehen. Seit der Regierungsübernahme von Präsident Lee Myung Bak im Süden im vergangenen Jahr haben sich die innerkoreanischen Beziehungen massiv verschlechtert. Lee hatte im Wahlkampf einen härteren Kurs angekündigt, im Sinne einer Abkehr von der bedingungslosen Sonnenscheinpolitik. Zehn Jahre lang bemühten sich seine liberalen Vorgänger um eine Entspannung des Verhältnisses in der Form, dass sie ohne jegliche Zugeständnisse Nordkoreas Hilfe leisteten. Besonders erbost ist Nordkorea wegen der Einschränkung südkoreanischer Hilfslieferungen für die eigene notleidende Bevölkerung.

Seit Ende Februar setzt Nordkorea offenbar die Vorbereitungen für einen Raketenstart fort. Nordkorea hat allem Anschein nach mit dem Zusammenbau der Rakete begonnen und angekündigt, einen Kommunikationssatelliten in die Erdumlaufbahn bringen zu wollen. Nach Einschätzung der Nachbarländer versuche das kommunistische Regime, den Start einer Interkontinentalrakete zu verschleiern, die theoretisch auch Alaska erreichen könnte. Im März dann hat Nordkorea nach Informationen der USA eine Langstreckenrakete in Stellung gebracht. Es wurde berichtet, dass eine zweistufige Rakete an der Abschussrampe in Musudan-ri im Nordosten des kommunistischen Landes gesichtet worden sei. Der obere Teil der Rakete, der entweder mit einem Satelliten oder Sprengkopf beladen werden sollte, sei noch bedeckt. Der Raketenstart könne daher binnen Tagen unternommen werden, hieß es. Wie US-Regierungskreise weiter berichteten, handele es sich offenbar um eine Langstreckenrakete vom Typ Daepodong-2. Nordkorea hatte den Abschuss eines Satelliten für den Zeitraum 4. bis 8. April angekündigt. Das südkoreanische Außenministerium hat Nordkorea dazu aufgefordert, die Vorbereitungen für einen Raketenstart umgehend abzubrechen. Amtssprecher Mun Tae-young sagte, Nordkorea würde die Sicherheit auf der koreanischen Halbinsel und in Nordostasien in bedenklichem Maße gefährden, sollte entgegen den wiederholten Warnungen der internationalen Staatengemeinschaft ein Raketenstart unternommen werden. Südkorea werde in enger Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen und seinen Verbündeten jede neue Bewegung in Nordkorea aufmerksam verfolgen und Gegenmaßnahmen erarbeiten. Das Verteidigungsministerium hat Nordkorea ebenfalls vor einem Raketenstart gewarnt. Die südkoreanischen Streitkräfte befänden sich in höchster Alarmbereitschaft und überwachten rund um die Uhr alle Aktivitäten in Nordkorea im Zusammenhang mit einem Raketenstart, sagte Ministeriumssprecher Won Tae-jae. Die Japanische Regierung hat zwischenzeitlich einen Abschussbefehl erlassen und Kriegsschiffe im Ostmeer in Stellung gebracht.

Für die Dauer des jährlichen US-Südkoreanischen Manövers hat Nordkorea den einzigen heißen Draht mit Südkorea gekappt. Die nordkoreanische Volksarmee hatte den Schritt in einer Erklärung am 09. Mär angekündigt. Nordkorea wolle außerdem während der Manöver „Key Resolve“ und „Foal Eagle“ das Grenzgebiet des West- und Ostmeeres streng kontrollieren. Die Armee würde damit Nordkoreas

Sicherheit gewährleisten, hieß es. In der Erklärung wurde außerdem damit gedroht, dass Nordkorea das Territorium der USA, Südkoreas und Japans angriffe, sollten diese Länder den nordkoreanischen Satelliten „Gwangmyeongsung 2“ abfangen. Einen zivilen Satelliten nach dem Start abzufangen, gleiche einer Kriegserklärung, hieß es. Durch diese Maßnahme wurde auch die Arbeit im Kaesong-Industriekomplex beeinträchtigt, da es Südkoreanern nur erlaubt ist, die Grenze nach Norden zu passieren, wenn sie zuvor eine Erlaubnis mittels dieses militärischen heißen Drahtes erhalten haben. Dieser wird genutzt, deren Personalien durchzugeben. Nordkorea hatte am 21. März die Verbindung über die militärischen Fernspretleitungen nach Südkorea wiederhergestellt.

Seit Anfang des Jahres kam es wiederholt zu Sperrungen des Kaesong-Industriekomplexes sowie Grenzschießungen durch die nordkoreanische Seite. Am 09. März konnten rund 700 Südkoreaner auf dem Weg zum Industriepark in Kaesong die Grenze nicht passieren. 80 Mitarbeiter saßen in dem Komplex fest und konnten nicht in den Süden zurückkehren. Einen Tag später dann erhielten die Südkoreaner wieder Zugang zu Kaesong. Nach Angaben des südkoreanischen Vereinigungsministeriums händigte die nordkoreanische Seite zwei Dokumente aus, denen zufolge südkoreanische Pendler wieder die Grenze passieren dürfen. Am Freitag den 13. März hatte Nordkorea die Grenze überraschend wieder gesperrt. Rund 600 Südkoreaner konnten nicht nach Kaesong reisen, 250 Menschen konnten nicht in den Süden zurückkehren. Einen Tag später dann ließ Nordkorea fünf Menschen aus Kaesong ausreisen. Ausreisen durften drei Chinesen, ein Australier und eine Südkoreanerin. Die Südkoreanerin feierte am Sonntag ihre Hochzeit und hatte einen gesonderten Antrag für die Ausreise gestellt. Nordkorea hat am späten Nachmittag einen weiteren Südkoreaner ausreisen lassen. Nach Angaben des Vereinigungsministeriums in Seoul hat Nordkorea den Ausreiseantrag des 55-jährigen Mannes angenommen, da seine Tochter am Samstag ihre Hochzeit feierte.

Zu dieser Zeit hielten sich rund 730 Südkoreaner in Kaesong auf, weitere 30 Südkoreaner im Touristengebiet am Berg Geumgang an der Ostküste. Nach dem Ende des gemeinsamen Manövers der US-Streitkräfte mit Südkorea ist am 23. März der Pendelverkehr über den Grenzübergang zum innerkoreanischen Industriepark in der nordkoreanischen Stadt Kaesong wieder normal verlaufen. Nordkorea habe rund 640 Südkoreanern die Erlaubnis zur Einreise gegeben, teilte das Vereinigungsministerium in Seoul mit. Zugleich seien 216 Pendler über die Grenze nach Südkorea zurückgekehrt, die bereits über das Wochenende in Kaesong gewesen seien.